

Fraktion Die Linke im
Sächsischen Landtag
#sogehstsolidarisch Ende
Januar 2024

Die Linke

Fraktion im
Sächsischen Landtag



Liebe Leserin, lieber Leser,

die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz jährte sich zum 79. Mal, die Zahl seiner Überlebenden schwindet. Wie muss es auf sie wirken, wenn einflussreiche Köpfe der neuen Nazi-Partei AfD und aus deren Umfeld Pläne schmieden, unliebsame Menschen zu entrechteten und sie aus dem Land zu werfen? Was werden sie denken, wenn der inoffizielle Parteiführer Höcke davon spricht, Gegner „ausschwitzten“ zu wollen? Die Erinnerung an die Gräueltaten, die vom faschistischen Deutschland ausgingen, muss leben. Sie ist die Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass die extreme Rechte niemals wieder Macht bekommt. Wer meint, dass sie ihre Feindseligkeit ausschließlich gegen Menschen ausländischer Herkunft richtet, der irrt. Wir haben heute im Landtag unmissverständlich klar gemacht: [Man muss Nazis beim Wort nehmen.](#)

Worum es heute im Plenum außerdem ging, zeigt unser kleiner Rückblick.

Kevin Reißig, Pressesprecher

P.S.: Empfehlen Sie uns gerne weiter! www.linksfraktionsachsen.de/service/newsletter

Inhaltsverzeichnis

1. Termine
2. Kostenfreies Mittagessen für alle Kinder – Bürgerrat-Empfehlung umsetzen
3. Wohnungsbau: Anstelle privater Profite Gemeinnützigkeit subventionieren!
4. Staatliche Hilfe – der Lohn für ein langes Arbeitsleben?
5. Unsere Klage gegen das verschärfte Polizeirecht war erfolgreich!
6. Die Betreiber von Wind- und Solarparks sollen einen Teil der Erträge abgeben
7. Meyer Burger: Solarindustrie halten!
8. Bergbau-Folgeschäden: Machen sich die Kohlekonzerne aus dem Staub?
9. Sachsen-Monitor zeigt: Klare Haltung für Menschenrechte ist nötig!
10. Der CDU beitreten, aber nicht die CDU wählen dürfen?
11. Sachsen verdient ein modernes Petitionsrecht
12. Koalition hält an der Möglichkeit fest, Straßenausbaubeiträge zu erheben
13. Auch das gibt's

Termine

Im Rahmen seines [Polit-Talks „Gebhardt trifft“](#) spricht Rico Gebhardt am 5. Februar mit **Franz Steinert**. Der Politikwissenschaftler, Seelsorger und Sozialarbeiter ist stellvertretender Leiter im [„Seehaus“ Leipzig](#), das straffälligen jungen Menschen einen freien Vollzug ermöglicht. Durch familiäres Zusammenleben und sinnvolle gemeinschaftliche Arbeit erhalten sie die Chance, sich wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Am 4. März kommt Gebhardt mit Brunhild Fischer ins Gespräch, die sich für Alleinerziehende stark macht. Das Gespräch ist ab 18 Uhr live im Dresdner Zentralkino, Kraftwerk Mitte 16, oder im Livestream auf der Website der Linksfraktion sowie bei [Facebook](#) und [Youtube](#) zu erleben.



In der letzten Ausgabe der [Online-Gesprächsreihe „Sozusagen“](#) sprach unsere sozial- und gesundheitspolitische Sprecherin Susanne Schaper mit dem Kinderarzt und Hochschullehrer Prof. Dr. Wieland Kiess über Kinderarmut und deren Folgen.



Kostenfreies Mittagessen für alle Kinder – Bürgerrat-Empfehlung umsetzen



Der Bundestag hat 2022 den Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ eingesetzt – dieser empfiehlt nun [mit höchster Priorität](#), allen Kindern bundesweit in Kitas und Schulen eine kostenfreie und gesunde Mittagsversorgung anzubieten. Wir unterstützen das und machen die Mittagsversorgung [heute auch im Landtag zum Thema](#). Auch wer nur ein geringes Einkommen erzielt – das betrifft in Sachsen außerordentlich viele

Vollzeitbeschäftigte –, [soll seine Kinder gut ernähren können!](#)

Wohnungsbau: Anstelle privater Profite Gemeinnützigkeit subventionieren!



Eine [Studie des Pestel-Instituts](#) zeigt: Der Sozialwohnungsbau lahmt. Im Freistaat fehlen demnach 47.859 Sozialwohnungen – der Staat steckt viel mehr Geld in Sozialleistungen, um die Wohnkosten armer Menschen zu decken, als in den Wohnungsbau. So werden private Eigentümer und steigende Mieten subventioniert. [Es ist Zeit für einen Systemwechsel:](#)

Gefördert werden sollen öffentliche und gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen, die dauerhaft bezahlbare Mieten garantieren.

Staatliche Hilfe – der Lohn für ein langes Arbeitsleben?



[Fast die Hälfte der Rentnerinnen und Rentner](#) in Deutschland bekommt weniger als 1.250 Euro pro Monat aus der gesetzlichen Versicherung, ein Viertel erhält sogar weniger als 1.000 Euro. Die Altersarmut wächst auch in Sachsen, wo inzwischen deutlich mehr Menschen [Grundsicherung](#) und Pflege-Hilfszahlungen brauchen als noch vor zehn Jahren. Im Alter nur mit staatlicher Hilfe über die Runden kommen – [das](#)

[kann nicht der Lohn für ein langes Arbeitsleben sein!](#)

Unsere Klage gegen das verschärfte Polizeirecht war erfolgreich!



Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

2019 hatten sich 35 damalige Abgeordnete der Fraktionen DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen an den Verfassungsgerichtshof gewandt und viele Vorschriften in den neuen Polizeigesetzen angegriffen. Mit diesen wurden polizeiliche Eingriffsbefugnisse weit ins Vorfeld konkreter Gefahren verlagert. So wurden Überwachungs- und Zwangsmaßnahmen ohne deutlichen Anfangsverdacht und klaren Anlass möglich. Jetzt liegt das Urteil vor

– es zieht klare Grenzen und stärkt die Bürgerrechte.

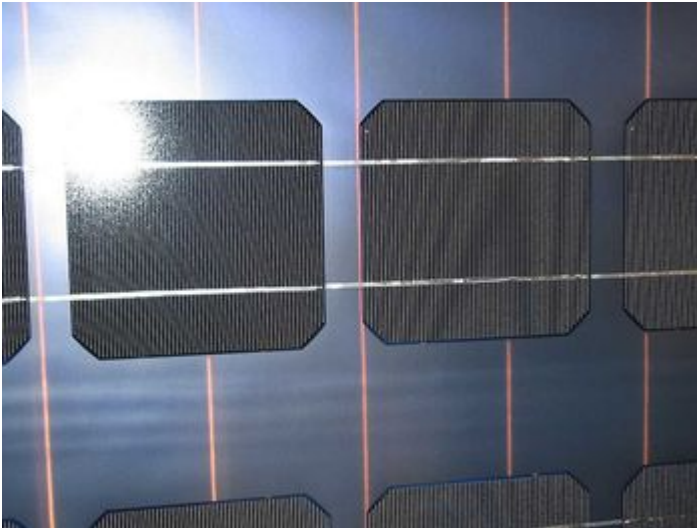
Die Betreiber von Wind- und Solarparks sollen einen Teil der Erträge abgeben



Bezahlbare Energie gibt es bald nur noch aus erneuerbaren Quellen. Umso wichtiger ist es, die Wind- und Solarenergie stärker zu nutzen. Die Vorbehalte gegenüber dem Bau neuer Windräder oder Solarparks sind jedoch vielerorts groß – schließlich haben die wenigstens Menschen etwas davon, wenn vor ihrer Tür ein Windpark entsteht. Wir wollen das per Gesetz ändern: Die Leute müssen an den

Anlagen in ihrer Nachbarschaft mitverdienen – etwa in Form billigeren Stroms.

Meyer Burger: Solarindustrie halten!



JoergSutter, CC BY-SA 4.0, via Wikimedia Commons

Angesichts der Billig-Konkurrenz aus China [denkt der Solarmodul-Hersteller Meyer Burger darüber nach, im April sein Werk in Freiberg zu schließen](#). Bis zu 500 Jobs sind gefährdet. Die Staatsregierung muss schnellstens gemeinsam mit dem Bund, dem Unternehmen und dessen Beschäftigten Lösungen suchen. [Zum Beispiel sollte die Staatsregierung für Nachfrage sorgen](#), indem sie die landeseigenen Gebäude mit Solarmodulen ausstatten lässt.

Bergbau-Folgeschäden: Machen sich die Kohlekonzerne aus dem Staub?



In absehbarer Zeit endet der Kohleabbau – es bleiben zerstörte Landschaften, die saniert werden müssen. Das zu bezahlen obliegt den Kohlekonzernen. Es gibt aber Befürchtungen, dass doch wir alle blechen müssen, [wenn die LEAG-Eigentümer die Kohlesparte in die Insolvenz gehen lassen](#). Die Staatsregierung beschwichtigt und verweist auf Vereinbarungen. Wir

fordern Transparenz und [insolvenzfeste Sicherheitsleistungen von denjenigen, die viel Kohle mit der Kohle gemacht haben!](#)

Sachsen-Monitor zeigt: Klare Haltung für Menschenrechte ist nötig!



Der „[Sachsenmonitor 2023](#)“ zeugt von tiefsitzender Verunsicherung, die einerseits soziale Ursachen hat und andererseits die Folge stümperhafter Regierungspolitik ist. Die Studie ist ein neuerlicher Weckruf an die Regierenden: Sie müssen Orientierung bieten, Gerechtigkeit schaffen und dafür sorgen, dass das öffentliche Leben funktioniert, wie wir es seit langem fordern. [Sonst wächst nicht das](#)

[Vertrauen in die Demokratie, sondern menschenfeindliche Einstellungen breiten sich weiter aus.](#)

Der CDU beitreten, aber nicht die CDU wählen dürfen?



Mehr als zwei Drittel der 16- und 17-Jährigen in Deutschland dürfen Gemeinderäte und Kreistage wählen, in Baden-Württemberg dürfen sie sogar kandidieren. In Sachsen sind die jungen Leute hingegen ausgeschlossen, außer von der Europawahl – absurd! [Die Koalition muss das Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen senken.](#) Trotzdem hat die Koalition heute [unseren Entwurf](#) abgelehnt. Muss

erst ein Gericht den Fortschritt anordnen, [wie einst in der Schweiz?](#)

Sachsen verdient ein modernes Petitionsrecht

Online-Petitionsplattformen haben viel Zulauf – für die Petitionsausschüsse der Parlamente gilt das nicht, auch nicht für den Sächsischen Landtag. Dessen Petitionsverfahren ist veraltet, analog, intransparent, unbefriedigend. [Wir haben jetzt Vorschläge gemacht](#), um das Petitionswesen modern, öffentlicher und barrierefrei zu machen. Die Koalition hatte sich das



Jörg Blobelt, CC BY-SA 4.0, via Wikimedia Commons

2019 vorgenommen, doch geliefert hat sie nichts. Anders als in Thüringen gibt es hier auch keinen Härtefallfonds.

Koalition hält an der Möglichkeit fest, Straßenausbaubeiträge zu erheben



Straßenausbaubeiträge können Anliegerinnen und Anlieger in finanzielle Not bringen. In Sachsen sind sie nach wie vor erlaubt und finanziell klamme Kommunen sogar dazu verpflichtet, sie zu erheben. Wir wollen die Beiträge per Gesetz verbieten – mit den Stimmen der Koalition hat der Landtag das heute abgelehnt. Wir bleiben dabei: Die Verkehrsinfrastruktur ist ein öffentliches Gut, für das alle Steuern zahlen. Die

Beiträge müssen weg!

Auch das gibt's

Die Koalition hat unsere Forderung von 2022 umgesetzt und eine Kompetenzstelle geschaffen, die Kommunen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge berät, damit soziale und ökologische Kriterien stärker gelten. Absurd ist aber: Diese Kriterien gelten bisher gar nicht, weil die Koalition kein neues Vergabegesetz hinbekommt. Wir bleiben dabei: Kein Steuergeld für Lohndumping und Umweltverschmutzung!



Impressum

Die Linke Fraktion im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon: 0351 4935800
Fax: 0351 4935460
linksfraktion@slt.sachsen.de

Folgen Sie uns auf Facebook
Folgen Sie uns auf X
Folgen Sie uns auf Instagram
Folgen Sie uns auf Youtube
Folgen Sie uns auf Flickr

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, können Sie sich hier austragen:
[Newsletter abbestellen](#)